

Drei Hausaufgaben für Berlin



Peter Grabowski ist der kulturpolitische reporter
<https://derkulturpolitischereporter.de>

Am 26. September wurde der neue Deutsche Bundestag gewählt. Dieser Text ist zwei Wochen vorher entstanden, als das Ergebnis noch in den Sternen stand oder vielleicht schon in den Briefwahlurnen lag, jedenfalls aber unbekannt war. Wer auch immer die künftige Regierung bildet und Bundeskanzler*in wird, muss in den nächsten vier Jahren vor allem anderen drei komplexe kulturpolitische Aufgaben lösen - die zugehörigen Konflikte sind vorprogrammiert.

- »Die Kultur« muss nachhaltig werden: Das betrifft die Kunstproduktion, den Bau und Betrieb der Einrichtungen, die Organisation und Abwicklung von Festivals, Einzelveranstaltungen und Projekten. Es geht auch um die Mobilität von Kunst und Künstler*innen, Kurator*innen und Dramaturg*innen im internationalen Austausch. Die Emissionen müssen laut Klimaschutzgesetz bis 2030 um 65 Prozent oder zwei Drittel zurückgehen, gemessen am Stand von 1990. »Die Kultur« in Deutschland hat in den drei Jahrzehnten seither allerdings noch mal ganz schön zugelegt. Ihre Bauten vor Ort sind zudem oft echte Dreckschleudern, und der globale Reisebetrieb von Akteur*innen wie Nutzer*innen verursacht massenhaft Treibhausgase. Diese Entwicklung muss sich umkehren und bestenfalls die Hälfte der nötigen Reduzierung schon in der kommenden Legislaturperiode geschafft werden. Das ist faktisch aber nur auf zweierlei Art möglich. Erstens, indem alles auf Ressourcenschonung umgestellt bzw. -gerüstet wird und bloß da, wo es gar nicht anders geht, Kompensationszahlungen als Ausgleich geleistet werden. Schon das wird Geld kosten, viel Geld, signifikant mehr

Geld als heute. Oder zweitens: Wir machen weniger! Weniger Aufführungen, weniger Konzerte, weniger Ausstellungen, weniger reisen, weniger bauen. Das verbraucht weniger Ressourcen und finanzielle Mittel - wird allerdings auch das Angebot ausdünnen und die Zugänge, sprich Vielfalt und Teilhabe eher erschweren statt erleichtern. So oder so ist eins unausweichlich: Die Kosten pro Kunstwerk oder Kulturveranstaltung steigen! Und das nicht nur wegen des Klimas, denn ...

- Künstler*innen müssen wirtschaftlich besser abgesichert werden als bisher. Es geht dabei nicht »nur« um Sozialversicherungsfragen, sondern vor allem um das überfällige Ende der Normalität prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Kulturbereich, erst recht im staatlich getragenen oder geförderten. Dazu müssen Mindesthonorare für zeitbasierte Arbeit sowie Ausstattungsvergütungen für Einzelkünstler*innen in allen öffentlichen Einrichtungen von Bund, Ländern und Kommunen eingeführt werden. Der pauschale Verweis auf das Mindestlohngesetz, wie noch im aktuellen Entwurf für ein Kulturgesetzbuch in

NRW, ist nicht akzeptabel. Soll eine an der Musikhochschule ausgebildete Sopranistin für einen einstündigen Liederabend künftig 9,50 Euro erhalten? Das kann niemand wollen, die oder der noch ganz bei Trost ist. Zum anderen müssen Künstler*innen wie alle Soloselbstständigen in den Gewerken drumherum endlich besser – oder sogar erstmals wirklich – sozialversichert werden. Das meint sowohl eine auskömmliche Rente wie auch eine Absicherung gegen unverschuldete Zwangspausen – und nicht gegen »Arbeitslosigkeit«. Denn was sollte bei Selbstständigen ein Kriterium für »arbeitslos« sein: Dass sie keine Aufträge haben? Dass sie nicht mehr so viele Aufträge haben wie vorher? Dass sie Aufträge hatten, deren Erfüllung ihnen unverschuldet unmöglich geworden ist? Oder dass sie vermutlich/angeblich Aufträge hätten haben können? Bei der möglichen Antwort und einer anschließenden Regelung spielen komplexe juristische Aspekte bis hin zum Europäischen Kartellrecht eine Rolle, deren Erörterung hier zu weit führte. Wie auch immer: Höhere Vergütung und bessere soziale Sicherung für (Solo-)Selbstständige in der Kulturwirtschaft kostet ebenfalls zusätzliches Geld – viel Geld.

- ... und jetzt wird's richtig teuer: Wir brauchen eine umfassende föderale Finanzreform. Bis heute sind die Hauptträger der Kulturausgaben in Deutschland die Kommunen. In Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland mit mehr Einwohner*innen als alle sechs ostdeutschen Länder zusammen, liegt der sogenannte Kommunalisierungsgrad, also der Anteil der Städte und Gemeinden an den gesamten staatlichen Kulturausgaben, bei über 70 Prozent; in den Großstädten zwischen Aachen und Bielefeld mit allein neun Millionen Menschen sogar noch mal deutlich darüber. Sie alle leiden – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bis heute und sogar weiter zunehmend unter den Folgen des industriellen wie demografischen Strukturwandels, sind vielfach über-

schuldet und strukturell unterfinanziert. Viele Aufgaben der Allgemeine Daseinsvorsorge, also einer zentralen Grundlage des Gesellschaftsvertrages in der spätmodernen Gesellschaft, können nur unter größten Mühen erfüllt werden. Die Folgen der Pandemie werden diesen Zustand in den nächsten Jahren verschärfen. Damit die Menschen im Land nicht weiter das Vertrauen in die Strukturen vor Ort und damit die Demokratie verlieren, muss es einen Alt-schuldenfonds und eine systematische Stärkung der Kommunalfinanzen für die Zukunft geben. Bund und Länder müssen dazu künftig größere Stücke von ihrem Teil des Steuerkuchens an die Städte und Gemeinden abgeben. Das wird ihre eigenen finanziellen Spielräume und damit Einflussmöglichkeiten zwangsläufig schmälern – auch im Bereich der Kultur. Aber nur so kann die in der Verfassung festgeschriebene Aufgabenverteilung auch wieder von allen staatlichen Ebenen erfüllt werden: »Kultur« ist Ländersache (und ist dort übrigens überall »Staatsziel« – außer in Hamburg, ausgerechnet), die Kommunen erfüllen diese Aufgabe vor Ort. Der Bund selbst ist laut Grundgesetz nur für Kulturgutschutz, Auswärtige Kulturpolitik und Aufgaben von nationaler Bedeutung zuständig. Da gäbe es ja genug zu tun, zum Beispiel endlich ein schlüssiges Förderkonzept für die bald 50 deutschen Welterbestätten auf die Reihe zu bringen.

Diese drei großen Herausforderungen allein könnten die Bundeskulturpolitik bis 2025 vollauf beschäftigen – und da haben wir über die insgesamt 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen sowie die überfällige Verbindlichkeit von Geschlechtergerechtigkeit, Diversität, Digitalität, Inklusion und Teilhabe für Empfänger von Bundesförderungen noch gar nicht gesprochen. Der neue Bundestag sollte deshalb einfach seine Hausaufgaben machen und – im übertragenen Sinne – auch endlich sein Zimmer aufräumen. Dafür braucht es nur ein bisschen Disziplin, intellektuelle Kraft sowie Kreativität – und keine Kulturministertitel oder Grundgesetzänderungen. ■